

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Morgens um 6 Uhr Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 11/12, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 3.50, pro Woche 20 Pf. Verlagsnummer Nr. 1170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Abbestellungsstelle: Verleger für die nächsten 12 Monate: Expedition, Neue Wapenstraße 11/12, Posen. Einrückung für die nächste Nummer: Expedition, Neue Wapenstraße 11/12, Posen.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 44.

Mittwoch, den 23. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Zum Kampf um die Volksschule.

Die Religion wirkt auf die Bildung gewiß; noch stärker aber wirkt die Bildung auf die Religion. Daher ist der Versuch, die allgemeine Bildung zu beschränken, um der Religion aufzuhelfen, Unsinn und Verrat!

Dieserweg.

Während in den bedeutendsten Kulturstaaten wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, Frankreich und Italien, die konfessionelle Frage in Bezug auf die Schule gelöst ist, geht man in Preußen immer mehr daran, den Unterricht der Kirche auszuliefern und die Jugend im Sinne der berichtigten Konfessionen zu erziehen. „Zum Glauben an gegebene Wahrheiten“ und „zur Liebe für gegebene Zustände“, wie Sie in treffend charakterisierte, zu dressieren. Ganz im Einklange mit Friedrich Wilhelm III., welcher befürchtete, „daß der großen Menge durch den Geschmack an Veltüre und die Liebe zur Wissenschaft die Zursichtlichkeit mit den einfachsten, mühsamsten und niedrigsten Beschäftigungen geraubt werden könne“.

Die Masse soll das Ausbeutungsobjekt und „zufriedene“ Arbeitstiere der oberen Zehntausend bleiben. Das Volk soll nur gerade soviel lernen, als zur Erledigung der ihm in der „göttlichen Weltordnung“ zugewiesenen Arbeiten unbedingt nötig ist. Während Preußen einmal den Ruhm genoss, auf dem Gebiete der Volksschule an erster Stelle zu stehen, nimmt auch heute die Bourgeoisie denselben volksfeindlichen Standpunkt in der Schulfrage ein wie das Junkertum. Schon 1848, in den Jugendjahren des preussischen Bürgerturns, zeigte sich seine Schwäche und rückgratlose Haltung. So wurde zum Beispiel auf dem Revolutionsparlament in Frankfurt a. M. der Antrag Rothmann, nach welchem der unter der Aufsicht der Kirche belassene Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen kein konfessioneller sein sollte, abgelehnt. Das Rezept zur Erhaltung der Zufriedenheit der Arbeiter bestand schon immer in möglichst viel Religion. So muß auch heute der Volksschule die Religion erhalten bleiben, während man sich auf den „höheren“ Schulen der Besten wenigstens mit einem kleineren Quantum begnügt. Einen klassischen Beitrag, zu welcher Kulturschmach es die preussische Volksschule durch die Ueberlastung mit Religion gebracht hat, liefert die in Nr. 20 der „Volkswacht“ besprochene Doktorarbeit eines Militärarztes. Neben dem Religionsunterricht muß ein dynastisch-tendenzlos gefärbter Geschichtsunterricht, „der, um mit den treffenden Worten Rothmann zu reden, im widerwärtigsten Byzantinismus gipfelt“, zur Bekämpfung der „angeblichen Ideale der Sozialisten“ herhalten.

Schlimmer noch als in den Städten liegen die Verhältnisse auf dem Lande, wo der Ausbeutung der Kinder so gut wie keine Grenzen gesteckt sind. Es sei u. a. nur der Gütejugend gedacht, welche nach einem Erlasse der kaiserlichen Regierung mindestens 11 bis 12 Jahre alt sein müssen; „nur ausnahmsweise“ dürfen auch

jüngere Kinder als Gütejugend verwendet werden, doch müssen diese zweimal wöchentlich (11) die Schule besuchen. Hierzu dann die überfüllten Klassen und die schlechten, oft die Gesundheit der Kinder gefährdenden Gebäude, und jeder kann sich ohne viel Phantasie ein Bild von dem Tiefstande der preussischen Schulen machen.

Die Unterhaltung der Schulen ist wesentlich Aufgabe der Gemeinden, ohne daß diesen die Selbstverwaltung zusteht. Die ständische Einrichtung der Schuldeputationen und Schulvorstände kann wenigstens als solche nicht bezeichnet werden. Daß nach einem Ministerialerlaß von 1898 Sozialdemokraten nicht Mitglieder dieser Korporationen sein dürfen, versteht sich am Rande.

Wir sehen, wie die Regierung in der Praxis die Schule immer mehr der Kirche ausliefert, sodaß der im Januar vorigen Jahres im Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag Jellig, welcher die Festlegung der konfessionellen Volksschule und Einräumung einer Vertretung der Kirche in den Schuldeputationen und Schulvorständen naturgemäß einschließt, voraussichtlich Gesetz werden wird, zumal von der schwächlichen Haltung der Liberalen, die sich sogar gegen die Einrichtung von Simultanschulen ausgesprochen haben, eine ernsthafte Opposition nicht zu erwarten ist.

Unsmehr gilt es für die Sozialdemokratie, alle Kraft auf die Lösung der konfessionellen Frage, der Trennung von Kirche und Staat, zu konzentrieren. Sie muß verlangen, daß der Religionsunterricht Moralsunterricht wird; daß der Geschichtsunterricht nicht Geschichte der Regierenden ausschließlich, sondern Geschichte des Volkes und der Gesellschaft mit Einschluß ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sei. Es gilt nicht Schablonenmenschen, sondern freie Persönlichkeiten heranzubilden, welche begreifen, „daß das Wissen und Streben des einzelnen nur dadurch wahrhaften Wert erlangt, wenn sie dem sozialen Ganzen dienen, in das sich der einzelne durch Geburt und Lebensschicksal gestellt sieht und dem er angehört mit dem besseren Teile seines Ich“, wie Rothmann dies ausdrückte.

Die kürzlich im Verlage der „Sozialistischen Monatshefte“ erschienene Schrift des Genossen Dr. Leo Krons: „Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie“ bietet mit ihrem reichhaltigen Materiale und der Einleitung „Schulfrage und Klassenkampf“ von Fr. Duarck ein treffliches Nützmittel für die bevorstehenden schweren Kämpfe für eine menschenwürdige Volksschule. P.

Durchgepeitschte Verträge.

Der Reichstag verhielt am Montag unter dem Vorwande eine zweite Lesung abzuhalten, die Mißhandlungsverträge durch. Nach und nach fanden sich zu diesem Schauspiel die Mitglieder des preussischen Reichstages ein, und zwar unter strenger Beobachtung der Stufen der Disziplin, erst kamen ganz gewöhnliche, dann wirkliche Geheimräte, darauf leibhaftige Minister und Staatssekretäre und schließlich mit der Verspätung, die sein hoher Rang erfordert, der noch

nicht gestrichelte Graf Dillow in allergeringster Person. Die Sitzung begann mit einer ganz kurzen Geschäftsordnungsdebatte. Die Großmütigkeit der Rechte, Industrie- und Arbeiterschaft nach dem gewöhnlichen geschäftsordnungsartigen Alts zu schlichten, ohne erst das Schiedsgericht herbeizurufen zu lassen. Dann folgte die sachliche Beratung mit einer erhebenden Unterhaltung über die verschiedenen Kaiserkränzen. Der alte Obstruktionskämmerer, Abg. Sothein, schloß sich noch einmal die schweren Nachteile, die der Industrie aus dem österreichischen Handelsvertrage — über diesen wurde zuerst verhandelt — erwachsen; aber die nur zu tragende Ueberzeugung, daß es nützlicher ist, Enten nach Athen zu tragen, als der Vollmehrheit von Bernunft zu predigen, raubte dem freimütigen Redner allen Schwung, seinen Worten alle Feindigkeit. Bei einzelnen Positionen brachten einzelne liberale Redner nur zu berechtigten Klagen über geradezu ungläubliche Ungerechtigkeiten vor. Dann wurde der zu diskutierende Artikel des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages mit 192 Zollmischmasch-Stimmen gegen 53 sozialdemokratische und freimütige Stimmen angenommen. Desgleichen wurde die Viehsteuer-Konvention angenommen, nachdem der südböhmische Bauerndebütant und Redner Silber durch ein richtiges Bitat aus Schiller den Reichstagsler beschämt hatte, der die deutschen Klassiker in der Ausgabe der „Tante Bof“ zu zitieren pflegt.

Es folgte der russische Handelsvertrag. Seine Beratung hielt das „Geschäft“ nicht lange auf. Freimütige Abgeordnete brachten den Zoll auf Schaffenshöhe zur Sprache. Mit gutem Humor bemerkte Herr Scheide mann: die ganzen Verträge sind eine einzige große Schaffenshöhe, mit denen die Agrarier alle übrigen Volksklassen scherzen. Der russische Vertrag wurde mit 198 gegen 61 Stimmen angenommen. Die fünf restierenden Verträge — mit Italien, Belgien, Rumänien, der Schweiz und Serbien — wurden nach dem Sprichwort: „Geschwindigkeit ist keine Dummheit“ im Handumdrehen erledigt. Einen nicht üblen Vorstoß machte der Volkspartei-Redner Sariojus: er schlug vor, eine billige Volksausgabe des unverständlichen General- und Vertragstextes zu veranstalten.

So ist denn die zweite Lesung der Handelsverträge erledigt. Die dritte Lesung findet am Mittwoch statt, während der Dienstag als Schwermetalltag zur Beratung der verschiedenen Anträge aus dem Hause auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts, Einführung von Arbeitskammern usw. benutzt werden soll.

Die russische Volksbewegung.

Ein Erfolg des Attentats.

Wie aus Petersburg verlaut, ist General Trepow um seinen Abschied als Generalgouverneur von St. Petersburg angekommen. Er hat bereits seine Wohnung im Winterpalais verlassen und seine Familie nach Moskau geschickt. — Nachdem der Herr auf der Strecke liegt, wird die Kreatur unsicher.

Man sät neuen Blutsamen.

150 Arbeiterführer wurden in Warschau fusilliert. Amtliche Berichte bestätigen die massenhaften Hinrichtungen in Warschau. Auf Anordnung des Gouverneurs Tschertoff

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

Horstmann trat auf die Köchin zu. „Wünschen Sie hier länger im Dienst zu bleiben?“ „Awwohl.“ antwortete diese erkaunt. „Dann können Sie bleiben. Sie“ — sagte er, auf die drei Mädchen, den Kutscher und Franz zeigend — „sind entlassen, wenn der Kontrakt abläuft.“ Als er die bestürzten Blicke der Leute bemerkte, sagte er hinzu: „Ich werde meinen Haushalt einschränken, deshalb brauche ich nicht mehr so viel Dienstmädchen. Gehen Sie.“ „Dann bleibe ich auch nicht mehr.“ sagte die Köchin. „Gut. Sie sind entlassen.“ Als die Leute draußen waren, sprang Anna auf. „Das widerreißt Du! Was fällt Dir ein, unter fürliches Personal zu kündigen? Ich kann doch nicht mit einem Mädchen ankommen!“ „Sie Du mich heiratest, hättet Ihr auch nur ein Mädchen. Außerdem ist ja noch Mewes da, der natürlich auch arbeiten muß.“ „Aber das große Haus läßt sich unmöglich mit einer Person in Ordnung halten.“ Die Zimmer hier unten werden abgeschlossen. Da wir keine Gesellschaften mehr geben, brauchen wir sie nicht mehr. Außerdem wird Dir Lotte im Haushalt helfen. Du selbst brauchst auch nicht die Hände in den Schoß zu legen.“ Als sie aufwachte, um noch etwas zu sagen, schnitt er ihr hart das Wort ab. „Still! Ich dulde keinen Widerspruch.“ Dann schellte er wieder und sagte dem eintretenden Diener: „Das Mädchen soll sofort mein Bett im Schlafzimmer meiner Frau in Ordnung bringen. Ich schlafe wieder dort.“ Anna hatte sich gefestigt und starrte blaß vor sich hin. Ihr Mann trat auf sie zu und sagte mit leiser, heiserer Stimme: „Nun hängt ein neues Regiment an! Bis heute war ich Dein Narr, den Du um seine Liebe betrogen hast. Von morgen an bist Du mein gehorsames Weib, wie Das vor dem Altar geschworen hast.“

noch einmal aufzudeckend davonhufte, wurde es dunkler und dunkler. All die schönen und glänzenden Möbel, mit denen der weite Raum so reich ausgestattet war, verriecherten sich nach dem anderen. Nur noch ein einziges erdäunliches Licht schaukelte sich an dem dünnen Docht der Kerze. Draußen pfliff der Novemberwind und rauschte der Regen. Eine namenlose Angst ergriff Anna. Einen Augenblick dachte sie, daß sie morgen zum Arzt laufen würde, damit ihr Mann wieder ins Irrenhaus käme. Aber diese Hoffnung verließ sie wieder. Sie fühlte sich in der Gewalt dieses Menschen, der starr seine Tätigkeit verrichtete und es dunkler und dunkler um sie werden ließ. Die Schatten des Glanzes krochen an sie heran, schwarz und trostlos lag die Zukunft vor ihr. Sie trat und schaute sich nach der Stimme eines Menschen, der zu ihr sagte: „Fasse Mut, ich hab' Dich lieb.“ Da kam das Mädchen zurück und meldete, das Schlafzimmer wäre in Ordnung. „Komm“, sagte Horstmann hier. „Es ist Zeit zum Schlafen.“

IX.

Nach einer entsetzlichen Nacht hatte Anna erst gegen Morgen ein paar Stunden Schlaf gefunden. Das Zimmer war noch schwarz, als sie in die Höhe fuhr. Ihr Mann stand vor ihr und rüttelte sie an der Schulter. „Sieh auf!“ Nachdem er Licht gemacht hatte, rieb sie sich schlaftrunken die Augen und fragte angstvoll: „Wie viel Uhr ist es denn?“ „Sieben.“ „Laß mich doch noch eine Stunde schlafen“, murmelte sie. „Ich bin wirklich todmüde.“ „Nein! Es gibt heute viel zu tun. Die Langschläferei hat nun ein Ende.“ Er trat an den Waschtisch, aber als sie liegen blieb, sich die furchtbaren Ereignisse von gestern zurief und sich verzagend fragte, wie sie sich von diesem Mörder befreien könnte, kam er wieder und sagte mit so drohender Miene: „Wirb's bald?“ das sie ihm gehorchte. Beide zogen sich schweigend an. Als sie halb fertig war, befohl er: „Ge und bestell den Kaffee. Es soll in Deinem Zimmer gedeckt werden.“ Lotte, die eine Fräulein war, kam ihnen schon entgegen. Schweigend setzten sich die drei an den Tisch. Es war frostig und grau in dem eben geheizten Raum, zu dessen zierlich bünnen Damenmöbeln der gedeckte Frühstückstisch und diese drei mürrischen Gesichter schlecht paßten. Anna hatte Kopfschmerzen und war so niedergedrückt, daß sie kaum die Tränen zurückhalten konnte. Nachdem Horstmann eine Tasse Kaffee hinuntergeschluckt hatte, stand er auf und schrieb einen Brief, den er durch Mewes an seinen Schwager besorgen

ließ. Dann befohl er Franz, er solle sämtliche Möbelüberzüge und Decken vom Boden holen. Als nach einer Weile Frau Regierungskat aus ihrem Zimmer kam, sagte Horstmann zu ihr: „Ich habe soeben an Ihren Schwiegerohn geschrieben und ihn ersucht, Sie aufzunehmen. Ich hoffe, daß Sie bis Mittag Ihre Koffer gepackt haben.“

„So schnell geht das unendlich“, warf Anna ein. „Doch“, erwiderte die Mutter mit dem letzten Rest ihrer Würde. „Ich werde nach dem gefrigen Auftritt keinen Augenblick mehr in diesem Hause bleiben, so schwer es mir auch wird, mich von meiner Tochter zu trennen. . . . Aber es wird ein Tag kommen, Herr Ingenieur, wo Sie Ihre Rücksichtslosigkeit bereuen!“ „Oh Sie mir Vorwürfe machen, bezahlen Sie lieber Ihre Schulden“, erwiderte dieser trocken.

Dann ließ er die drei allein. In Gegenwart Lottes konnten die beiden sich nicht aussprechen. Anna drückte ihrer Mutter nur die Hand und flüsterte: „Es wird ihm noch leid tun.“ Die Alte verschluckte ihre Tränen und nickte. Nach kurzer Zeit kam das Stubenmädchen und bestellte, die gnädige Frau und das Fräulein möchten herunterkommen. „Soll ich gehen?“ fragte Anna ihre Mutter. „Es ist besser. Gehorcht ihm!“

Im Salon waren Franz und der Kutscher beschäftigt, die Teppiche aufzuräumen und nach draußen zu tragen. Die beiden Mädchen führten die seidenen Fautouils und bedeckten sie mit Schutzüberzügen. Horstmann stand dabei und kontrollierte die Arbeiten. Als Anna eintrat, sagte er: „Wenn Du von diesen Sachen noch irgend was brauchst, so laß es hinausbringen. Die Zimmer siehst Du fürs erste nicht wieder.“

Anna suchte die Kassen. Es war ihr alles gleichgültig. Als sie aber wieder hinaufgehen wollte, fragte er: „Wohin?“ „Ach will meiner Mutter helfen.“ „Die kann ihre Siebensachen selbst packen.“ „Du willst wohl, daß sie sich totarbeit?“ Er rangelte die Stirn. „Gut! . . . Luise, gehen Sie hinauf und helfen Sie der Frau Regierungskat.“

Anna stampfte mit dem Fuße auf: „Aber ich will . . .“ meiner Mutter noch sprechen. Ich werde ihr doch wohl Abien sagen dürfen?“ „Dazu ist noch Zeit. Im übrigen will ich nicht, daß Du länger mit ihr sprichst. Die Abmachungen, die Ihr trefft, sind doch nur Intriguen gegen mich.“

(Fortsetzung folgt.)

wurden 150 Arbeiter... am letzten Donnerstag an eine Mauer gestellt und durch mehrere Salven einer Militär-Abteilung getötet, ohne daß vorher ein Richterspruch gegen sie erponen war.

Nach Meldung gallischer Blätter soll die Zahl der adreub der Uruben in Russisch-Polen bisher getöteten Personen 1600, die Zahl der Verwundeten über 6000 betragen. Auch aus diesem Blute wird eine Saat aufgehen, die den Mächtigen fürchterlich sein wird.

Ein Raucherwunder.

Das alsbald nach der Donnerstags-Katastrophe an der Katharinabütte von der russisch-polnischen sozialistischen Partei in großen Massen unter den Arbeitern des Soudowice-Dombrowaer Industriebezirks verbreitete Flugblatt, in welchem zur Rache für die gefallenen Opfer aufgefordert wurde, hatte in deutscher Uebersetzung folgenden Inhalt:

„Genossen! 40 Tote, 150 Verwundete! Das ist die Antwort der russischen Regierung an uns Arbeiter, die wir unseren Streit ruhig zu Ende führen wollten. Welche Veranlassung gab den Kaiserlichen Unterdrückern zu dem schrecklichen Schlochten am Donnerstag vor der Katharinabütte? Es war eine falsche, feilsch-geschlagene Gossung, als wir glaubten, die Regierung würde uns bei unseren Verhandlungen, unsere Not zu bessern, nicht in den Weg treten. Die Morde in St. Petersburg, Warschau, Wabom und anderen Fabriken des Reichs zeigen uns, daß nur die russische Regierung allein Schuld an unserer Not ist, denn sie hebt mit Blei und Patronen die bestehende Ordnung auf und schlägt die allmächtigen Kapitalisten. Genossen! Schwören wir aus den Gräbern der Gefallenen Rache und bereiten wir uns vor zur Schlacht auf Tod und Leben um unsere Freiheit. Rache für das unschuldig vergossene Blut! Es lebe die Freiheit! Es lebe das freie polnische Volk!“

Polenabende, den 12. Februar 1905. Das Arbeiter-Komitee. Soudowice-Dombrowa. Die Polnische Sozialistenpartei.

Dies bestätigt die alte Erfahrung: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Ueber die

Persönlichkeit des Großfürsten Sergius

Wird der „Wost. Zig.“ nach mitgeteilt: ... Am sam der berühmte Morosow-Skandal, da es sich herausstellte, daß von dem nam Sabiranten Morosow für die Prämien in Moskau gespendeten 10 000 Rubel nicht weniger als 6000 in Moskau selbst verkauft worden waren, und man erzählte sich, daß Teile von Gode des Großfürsten selbst diesem erwerbenden Liebhaber begangen hätten. Auf einmal stochte der Justiz-Weiterer Spenden für die Verwundeten, und im Stadtverordneten-Kollegium wurde sogar das Wort laut: „Wann Spenden? Der Großfürst und seine Leute sind ja sehr reich.“ In jenen Tagen wurde der reiche Moskauer Kaufmannschaft die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß der Großfürst über dieses plötzliche Nachlassen patriotischer Betätigungen äußerst mißgestimmt sei; aber es folgte ein mißlicher Rufus in Form des Versprechens, daß die Gemahlin des Großfürsten jede Summe von 1000 Rubeln mit einem eigenhändigen Schreiben dankbar quittieren werde — eine Aussicht, die zu allen Zeiten vor. Die Sache hatte auch ihre Folgen: Durch eine Abordnung ließ sich die Kaufmannschaft von unabhängiger Stelle nochmals die Besage eigenhändiger Dankeschreiben von Seiten der Großfürstin erneuern, und das Ergebnis blieb nicht aus. Denn tatsächlich strömte jetzt plötzlich eine wahre Flut von Spenden aus der Mitte der Kaufmannschaft wieder ein; aber durch mehrere Wochen kamen immer nur Spenden von 999 Rubeln und nicht eine einzige von vollen 1000 Rubeln. — Es kann vermutet werden, daß diese scheinbare Demonstration geradezu mißglücklich war, denn in deutlicherer Form ließ es sich nicht sagen, daß in Moskau niemand nach einem Dank aus dem Hause des Großfürsten verlangen trau.

Daß diese unerhörte Kundgebung zum Interesse an den Großfürsten erbitend war, ist selbstverständlich, und wenn sein System immer das der Gewalt gewesen war, so steigerte sich jetzt, nach diesem Akt, der ja einer Art Volksabstimmung gleichkam, seine Mißbilligung ins Unabsehbare. Fortwährend war er auf dem Wege zwischen Pleskau und Petersburg, Petersburg und Moskau und es war kein Geheimnis, daß er der Führer der unempfindlichen Partei war.

Offenbar aus Furcht vor neuen Vordrängungen hat man sich in Petersburg dazu entschlossen, die Befestigung der Leiche des Großfürsten Sergius bis zum Frühjahr zu verschieben. Die Leiche bleibt vorläufig im Tschudow-Kloster bei Moskau; die Bestattung soll im Mai in Petersburg erfolgen.

Vertreterwahlen in Petersburg.

Ein kleines Jugendband hat man den Petersburger Arbeitern schon gemacht. Senator Schidlowski gibt bekannt:

Ein Ausschuss unter dem Vorsitz Schidlowski's hat die Beschwörung der Arbeiter zu prüfen. In der Ansicht wählen die Eigentümer und Arbeiter aller Eis- und Eisenfabriken mit mehr als 100 Arbeiter Vertreter. Keine Wahl der Kreisvertreter wird gestattet und die persönliche Sicherheit der Gewählten gewährleistet. Die Fabrikanten wählen 15 Vertreter der verschiedenen Branchen. Die Arbeiter der einzelnen Fabriken, Männer und Frauen, wählen zunächst einen Wahlmann aus je 500 Arbeiter. Die Wahlmänner wählen sodann die Vertreter zum Ausschuss, die mindestens 25 Jahre und männlichen Geschlechts sein müssen. Die Textilarbeiter wählen 2 die Baumwollfabriken und Drahtfabriken 4, die Holzbearbeitungsfabriken 4, die Metallbearbeitung 14, die zur Bearbeitung von Mineralien 3, tierischer Produkte 4, die Naturwissenschaften 3 und chemische Erzeugnisse 2 Vertreter. Die Vertreterwahl erfolgt am 3. März.

Die ersten parlamentarischen Körperschaften werden beweisen, daß die Lebensart von der Unruhe der russischen Arbeiter auf die heutige Zeit nicht mehr paßt.

Sonstige Nachrichten.

Die Arbeitervereine, die nach den blutigen Januartagen aufgehoben worden sind, sollen, wie die russischen Blätter melden, benachlässigt wieder gestiftet werden; sie werden in abwärtsführender Hinsicht dabei aus dem Reich der Stabilitätsmonarchie in das des Anarchismus übergehen.

Zwei während der Petersburger Unruhen verhaftete Arbeiterführer, der Stadtverordnete Kaban und der Journalist Kolosnik sind in Freiheit gesetzt worden. Dagegen wurde, wie der „Tag“ meldet, der juristische Ratgeber der hiesigen Arbeiter, Rechtsanwalt Morgulias, verhaftet.

Der Gesamtstreik von Kattowitz nach den amtlichen Statistiken wurde gestern bis auf weiteres gestoppt. Der Streik kann erst wieder aufgenommen werden, sobald die auf den russischen Bahnhöfen vorhandenen Frachten von 900 Waggons Kohle nach England abgehoben sind. Die Maßnahmen wurde durch Ueberfüllung auf den russischen Bahnhöfen notwendig. Die westlichen Staaten erleiden dadurch einen großen Nachteil. Der tägliche Kohlenexport nach England beträgt 560 Waggons. Am 24. d. Mts. ist die Zellulosefabrik beendet.

Bei der Verhaftung der Südbahnenarbeiter in Kiew begann am Sonntag der Aufstand. Der Aufstand der Arbeiter in Pleskau verläuft sich. Die Dandere bekommen Drohbriefe mit der Aufforderung, keine

Zeitungen zu drucken. In einer Werkstatt wurde mit militärischer Hilfe die Verhaftung einiger Arbeiter vorgenommen.

Die Arbeiter der Soudowice-Tabakfabriken sind in den Ausstand getreten. Dasselbe erwartet man von den Arbeitern der Eisenbahn.

Der Großfürst und die Großherzöge von Sibirien haben, nach der „Frankfurter Zeitung“, die Absicht aufgegeben, zur Befestigung des Großfürsten Sergius nach Petersburg zu reisen. — Wir glauben's.

Japan und Rußland.

Die Russen rücken vor.

Aus dem Hauptquartier in der Mandchurie: wird gemeldet: Die Russen rücken vor. Sie ließen am 19. Februar eine Division gegenüber dem japanischen Zentrum nach dem linken Flügel vorrücken. Ebenso gingen sie von Tachan vor. Einige Abteilungen marschieren 15 Meilen in westlicher Richtung und machten bei Hangehjatatku, 1 1/2 Meile nordwestlich von Wanchiatuangu, Halt. Die Russen fahren fort, Teile der japanischen Linien zu bombardieren. Am Sonnabend enthielten sich die Japaner häufig der Erwerbung des Bombardements, welches oft vollkommen wirkungslos war und nur eine Verschwendung der Munition darstellte.

Die Russen haben eine Feldbahn gebaut, die Fushan-Denkling mit Kailun-Loi am oberen Schiao verbindet. Dies sind andere Anzeichen der Tätigkeit und das Zusammenziehen von Streitkräften weist auf die Rückst. hin, Karolis rechte Flanke zu umgehen. Europa soll fort, Verteidigungswerke seiner ganzen Stellung entlang zu errichten und zu verstärken.

Das dritte russische Geschwader passierte Sonntag Nachmittag 1/2 Uhr die Insel Samow in nördlicher Richtung. Ein russisches Panzerschiff, von einem russischen Dampfer begleitet, passierte um 1 Uhr Nachmittags, ebenfalls nordwärts fahrend, die Nordspitze der Insel Langelang.

Der Wunsch zum Frieden.

Recht nette Enthüllungen bringt ein Petersburger Berichterstatter der „Schl. Zig.“ über die Friedensansichten im russisch-japanischen Kriege. Er schreibt:

Nach habe mich bis jetzt allen Friedensgerüchten gegenüber trotz aller hierzu vorliegenden Hinweise skeptisch verhalten. Die russische Regierung würde ja hiermit ihren vollen militärischen Bankrott eingestehen. Nach allem, was ich aber jetzt erfahren, scheint mir doch der Friedensschluß näher bevorzuziehen, als allgemein angenommen wird. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil infolge der Unmöglichkeit, die russische Armee in der Mandchurie zu ernähren, eine weitere Fortführung des Krieges aus-gegeschlossen erscheint. General Guber, der Chef der russischen Intendantur, teilt mit, daß die Armee bis jetzt in der Hauptsache mit den Vorräten aus der Mandchurie, Sibirien, China und Nordamerika ernährt worden ist. Die sibirische Bahn wurde vornehmlich nur zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial verwendet. Gegenwärtig sind aber alle Vorräte der Mandchurie und Sibiriens völlig aufgebraucht. In einigen Gebieten Sibiriens, so in Jakutsk, herrscht sogar Hunger. Aus China trifft schon lange nichts mehr ein. Wie es mit der Zubereitung über Wladiwostok steht, ist bekannt. Die verzweifeltsten Versuche, über Japan auf Wasserwegen die Zufuhr der Vorräte zur Armee zu bewerkstelligen, werden kaum von wesentlicher Bedeutung sein können. Unter diesen Umständen muß die russische Regierung, ganz abgesehen von ihrer sonstigen sehr mißlichen Lage, recht ernsthaft an die Beendigung des Krieges denken. Billig wird ihr der Friede unter diesen Verhältnissen nicht zu stehen kommen.

Hoffentlich nicht!

Im Abgeordnetenhanse

wurde Montag, den 20. Februar, der Etat des Finanzministeriums in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Die Hauptfreitragte, die eine längere Diskussion hervorgerufen hätte, die Teilung des Regierungsbudgets Königsterg und der Neu-Errichtung einer Regierung in Allenheim wurde nämlich ausgestellt. Die betreffenden Positionen wurden noch einmal an die Budgetkommission zurückverwiesen, weil die Regierung die ganze Frage erst dem ostpreussischen Provinzial-Landtag noch einmal zur Beachtung unterbreiten will. Debatte wurde im Anschluß an die Diskussionsfrage, die gegen die Stimmen des Zentrum, der Freiwillichen und der Polen wieder bewilligt wurde, über die Polerpolitik, dann über das Polizeistrafgesetz und außerdem über eine Reform der Einkommensteuer. Die Vertreter der National-liberalen und Freiwillichen wandten sich gegen eine höhere Belastung derjenigen Städte, die das Glück des Besitzes einer königlichen Polizeiverwaltung haben. Die Regierung scheint aber, wie aus Bemerkungen des Finanzministers erhellt, von Rhein abwärts herabzugehen, die Absicht weiter zu verfolgen, diese Städte mit hohen Beträgen zu den Kosten zur königlichen Polizeiverwaltung heranzuziehen. Obwohl im Gesetz nur steht, daß die Städte höchstens bis zu 33 1/2 Prozent der Beiträge herangezogen werden können, scheint die Regierung der Auffassung zu sein, daß die Städte 1/2 der Kosten tragen müssen, und es schmerzt sie wahrscheinlich oft, daß speziell die Stadt Berlin mit einem Beitrag von etwa 20 Prozent davonkommt.

Wie der Finanzminister mitteilt, ist bereits eine Novelle zum Einkommensteuergesetz ausgearbeitet. Sie wird dem Hanse im Herbst vorgehen, in nächster Zeit aber schon mit der Minister der Budget-Kommission den Inhalt des Entwurfes mitteilen. Die Rechte der Stadt Berlin werden, wie bei der Polizeistraftrage, auch bei der Frage der Unterhaltung des Tiergartens energisch vom Abgeordneten Kolesow gewahrt. Der freiwilliche Abgeordnete Wies darauf hin, daß die Krone den Tiergarten 1655 von der Stadt Berlin zum Geschenk erhalten habe und daß die immerhin hohe Beitragspflicht der Kommune Berlin nicht gerechtfertigt sei. Herr v. Rheinbach meint, die Frage der Geschenkgebung sei zweifelhaft, jedenfalls sei das Geschenk ein vorübergehendes. Der Minister meinte, vielleicht nähme die Stadt Berlin den Tiergarten wieder zurück und unterhalte ihn ganz allein aus der Stadtkasse. Herr Kolesow quittierte über diesen Vorschlag mit einem mit großer Heftigkeit aufgenommenen „bitte“. Sehr ernst wird der Vorschlag des Ministers nicht gemeint sein. — Seite steht der Kultusetat zur Debatte.

Politische Uebersicht.

Die Begründung zur Berggesetznovelle, die dem Zechenstilllegen entgegneten soll, ist nunmehr auch erschienen.

Sie begründet das gesetzgeberische Vorgehen in der angestrebten Richtung mit der kapitalistischen Entwicklung des Bergbaus, die die Bereinigung einer größeren Zahl von Bergwerksbetreibern, betriebenen wie nicht betriebenen, in einzelnen Händen in Folge gehabt hat. Die Eigentümer solcher ausgedehnten Unternehmungen seien selbstverständlich zuerst diejenigen Bergwerke in Betrieb, die zunächst den meisten verlässlichen Nutzen verschaffen. Im Dortmund'schen Bezirk speziell haben große Gesellschaften eine Reihe von Bergwerken lediglich zu dem Zwecke erworben, um ihre Betätigungssphäre am Kohlen-syndikat zu erhöhen und dann die erworbenen Bergwerke außer Betrieb zu setzen. Dem soll nun ein Kiegel vorgeschoben werden, da durch das Zechenstilllegen wichtige öffentliche Interessen (Erhaltung der Gemeinden und der erlassenen Arbeiter) verletzt werden können. Der Entwurf sieht das Ziel dadurch zu erreichen, daß er die belagte und erfolgreiche Zwangsversteigerung des stillgelegten Bergwerks jedwem gestattet und den Erwerb zum Betriebe des Bergwerkes verpflichtet. Dessen Zweck zu fördern, sind gewisse Rechtsveränderungen notwendig, die sofort in Kraft treten, sobald der

gegenwärtige Besitzer der Aufforderung des Oberbergamtes, das Bergwerk in Betrieb zu setzen oder den Betrieb fortzusetzen, nicht nachkommt, der Besitzer ist zur Verkaufshaltung des Wertes verpflichtet, es wird die Möglichkeit eines Zwangsbeitrages durch einen staatlichen Verwalter gewährt, und es wird nicht nur den Hypothekenbesitzern, sondern auch dem Oberbergamt die Befugnis erteilt, die Zwangsversteigerung zu beantragen.

Die zweite der angekündigten Novellen, die verschiedene Forderungen der Bergarbeiter in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse erfüllen soll, wird erst in etwa vierzehn Tagen erscheinen.

Der Streikprofit des Kohlen-Syndikats.

Die bürgerliche Presse in ihrer Mehrheit scheint den Beschluß des Kohlen-Syndikats, bei Jahresabschlüssen von den Abnehmern einen Preisaufschlag von 50 Pf. für die Tonne zu verlangen, als selbstverständlich hinzunehmen. Sie rührt jetzt diesen Beschluß, der die Politik des Kohlen-Syndikats bis zur Mächtigkeit enthüllt, der das Eingeständnis der frevelhaften Streikprovokation zum Zwecke einer Preiserhöhung bringt, ohne ein Wort der Kritik. Scharf überrascht von dem Vorgehen des Syndikats schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„In den Kreisen der Kohlenverbraucher wird dieser Versuch, mit einem Federstich die aus der angekündigten Novelle zu gewärtigenden Lasten ohne weiteres auf den Konsum abzuwälzen, noch bedor man auch nur annähernd die Höhe dieser Opfer kennt, sehr ungünstige Aufnahme finden und die dem Syndikat ohnehin wenig freundliche Stimmung noch weiter verschärfen.“

Mit größerem Verständnis wird das Treiben des Syndikats in folgender Zuschrift an die „Köln. Volkszeitung“ beurteilt:

„Das fehlt auch gerade noch, daß die Verbraucher, welche infolge des hässlichen Streites zwischen den Zechen und den Arbeitern ohnehin schon ungeheuren Schaden durch die plötzlich herbeigeführten Betriebsstörungen oder Verkauf von teuren und schlechten Lagerkohlen usw. erlitten haben, nun auch noch darüber durch eine neue Erhöhung der Kohlenpreise seit einer Reihe von Jahren hart gestraft werden sollen. Bei einem Absatz von täglich nur 16,000 Ladungen zu zehn Tonnen würde auf 300 Arbeitstage das Jahr der Aufschlag von 5 Mark der Wagen schon 24 Millionen Mark ausmachen! Da auch die alljährliche Verwertung der teils sehr alten Lagerkohlen schon ein gutes Geschäft war, so könnte das Kohlen-Syndikat nur wünschen, daß ein solcher Ausstand öfter kommen möge.“

Der Wunsch nach Erhöhung der Kohlenpreise hat das Kohlen-Syndikat veranlaßt, die Bergarbeiter in den Streik zu treiben. Der Mehrgewinn von vorläufig 24 Millionen Mark liefert den Beweis. Es hilft kein Zeugnen mehr!

Der Kaiser mag dies Kaiserdenkmal nicht.

Die getreue Stadt Graudenz oder vielmehr die in ihr wohnenden denkmalbesessenen Patrioten befinden sich in einer großen Klemme. In der Stadt hatte sich ein Komitee gebildet, um auf dem Marktplatz ein Denkmal für Kaiser Wilhelm I. zu errichten. Die Jury, der außer anderen Personen Geheimrat Baurat Schwechten und die Akademieprofessoren Herber, Scheurenberg und Janensch angehörten, hatte einstimmig den ersten Preis dem Bildhauer Günther-Gera in Berlin zugesprochen, dessen Entwurf auf dem Sockel eine Walfüre darstellt und ein Porträtmedaillon des alten Kaisers zeigt. Jetzt ist ein von zwei Ministerien unterfertigtes Schreiben an den Regierungspräsidenten in Marienwerder gelangt, wonach der Kaiser die Ausführung dieses Entwurfes zu genehmigen sich „nicht zu entschließen vermocht hat“.

„Allerhöchstdieses ist der Ansicht, daß die Anbringung des kleinen Porträtreliefs Seiner Majestät des hochseligen Kaisers Wilhelm des Großen an dem verhältnismäßig großen Bildwerke der Ansicht der Stadt Graudenz, der Erinnerung an den Heldenkaiser ein würdiges Denkmal zu widmen, nicht genügend Ausdruck zu geben vermag.“

Geht es denn garnicht ohne ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal ab? Kann das dafür bestimmte Geld nicht einem gemeinnützigen Zwecke zugeführt werden? Gibt es in Graudenz keine dringlicheren Aufgaben zu erfüllen, als den hundert von Kaiser-Wilhelm-Denkmalern ein neues hinzuzufügen?

Ueber die akademische Freiheit unterhielten sich

am Freitag Abend in der Brauerei Friedrichshain dreitausend Studierende und alte Herren. Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß den Studenten in Hannover untersagt worden ist, sich gegen die katholischen Verbindungen zu kehren; und diese Maßnahme hält nun mit ihren weiteren Folgen die Gemüter in Aufregung. Professor von Lütz trat in der Versammlung auf, um gegen die im Kultusministerium gefallene Neuerung, daß es keine akademische Freiheit gebe, zu protestieren. Er hielt dabei den Studenten selber eine Standpredigt:

„Wo ist die gesamte deutsche Studentenschaft in der allerjüngsten Vergangenheit gewesen? Gruppen hat sie unter sich gebildet, Gruppen, die nicht nur ein Recht zu sein, die sogar die Geltung der Parteiberechtigung beanspruchten. Wo war die Begeisterung für die nationalen, sozialen, religiösen und politischen Strömungen unserer Zeit? Der Student soll keine Politik treiben, sagt man. Aber diese Behauptung ist unendlich und zum großen Teil sogar falsch. Unendlich deshalb, weil gerade diejenigen, die sie am lautesten verkünden, durch eine scheinbare Politiklosigkeit der Studentenschaft eine Politik zu Gunsten der Machthaber schaffen wollen, unendlich deshalb, weil gerade diese den Studenten in ein einseitiges, parteipolitisches Getriebe hineinziehen... Und vor allem: wo war der Mut der Ueberzeugung? Ein Strebergeist hat sich in der Studentenschaft geltend gemacht, der nur nach Ehre, Karriere und Würden fragt. Um so größer aber ist unsere Freude über diese Bewegung.“

Hoffentlich klappt diese Bewegung auch nicht zusammen, wenn wieder einmal Studenten in Geruch sozialdemokratischer Gefährdung an deutschen Universitäten gemahregelt werden. Früher war's dann bei den Wortführern der akademischen Freiheit mäusehinstill.

Der liebe Müß' umsonst. Das Schumanns-Aufgebot, das infolge des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier dochhin gefandt worden war, ist zum größten Teil wieder nach Berlin zurückgekehrt. Auch der Leiter des Kommandos, Polizeileutnant Wibe, ist wieder hierher zurückgekehrt. Die aus dem Kreise Teltow nach dem Streikgebiet beorderten Gendarmen sind ebenfalls zum Teil zurückgekehrt. Die zur Zeit im Ruhrgebiet noch befindlichen Berliner Polizeibeamten werden voraussichtlich in den nächsten Tagen abreisen. — Unnütze Kosten hat die Geschichte dem Volke verursacht.

Ausland.

Eine Bombe in Paris. Aus Paris wird wieder einmal von einer Bombenexplosion berichtet, die aber nach Mitteilungen von privater Seite die Tat eines Geisteskranken zu sein scheint. Die offizielle Darstellung lautet:

Vor dem mexikanischen Konsulat wurde am Sonntagabend ein starker Knall vernommen. Die Polizei verhaftete an Ort und Stelle einen durch Brandwunden ziemlich schwer verletzten Mann, der nach einem Krankenhausbefuch gebracht wurde. Er bekennt sich als Urheber der Explosion, gibt an, er sei spanischer Unterthan, heiße Garcia, sei 35 Jahre alt. Er habe Grund zur Klage gegen die mexikanischen Behörden und habe Grund zur Klage auf sich zu lenken. In seinen Taschen wurde ein geladener Revolver und ein Dolch gefunden. Ein in seiner Wohnung beschlagnahmter Koffer enthielt Schießpulver. Der Verhaftete versichert, er sei nicht Anarchist.

Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung Garcias wurden außer Büchern und Schriftstücken in spanischer Sprache drei in Papier gewickelte Bomben gefunden. Die Bomben enthalten 130 Gramm feinstbrünniges Schwarzpulver und sind, wie im städtischen Laboratorium erklärt wird, als gefährlich anzusehen. Ferner wurden zehn Kelerzeugnisse gefunden. Garcia war früher im Krankenhaus in Fresnes.

Die Arbeitslosen in der norwegischen Hauptstadt Christiania veranfaßten einen Umzug, dessen Teilnehmer schließlich auf 3000 anwuchs.

Der Kronprinz empfing eine Abordnung von Arbeitslosen; er versicherte sie des Königs und seiner warmsten Anteilnahme an ihrer Lage. Er werde mit der Regierung erwägen, was seitens des Staates im Interesse der Arbeitslosen geschehen könne. — Es bleibt bloß immer beim Erwägen!

Partei-Angelegenheiten.

Bei der **Gemeinderatswahl in Straßburg** wurden am Sonntag sechs Sozialisten in den Liberalen gewählt. Bei der Gemeinderatswahl sind damit im ganzen gewählt acht Sozialisten und zwei Liberale. Die Sozialisten gewinnen drei Sitze, die Liberalen und Demokraten verlieren je einen Sitz. Den dritten Sitz hatte bisher ein Parteiloser inne. Der Gemeinderat setzt sich zusammen aus 16 Sozialisten, 13 Liberalen, 3 Demokraten, 3 Clerikalen und einem Vertreter der Mittelstandspartei.

Arbeiterbewegung.

An die **gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Der Gewerkschaftsbandenrat hat beschlossen, daß am **Montag, den 22. Mai 1905**

der **fünfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands**

in **Elm am Rhein im Gürzenich-Saal**

stattfinden soll.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionsmitglieder, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation;
 - b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
 - c) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern;
 - d) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - e) Heimarbeit;
 - f) Befreiung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber;
 - g) „Correspondenzblatt“.
3. Bericht über das Zentral-Arbeiterssekretariat und Beratung der darauf bezüglichen Anträge.
4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalfreil.
5. Die Gewerkschaften und die Maifester.
6. Gewerkschaften und Genossenschaften.
7. Die Aufgaben der Gewerkschaftsstelle in der Gewerkschaftsorganisation.
8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterparlamenten.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 8. April 1905 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche in diesen eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können. Der Kongreß wird am 22. Mai 1905, Morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Mai tagen.

Die Wahl der Delegierten werden nach den vom vierten Gewerkschaftskongreß gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeschrieben werden.

Die **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands**, E. Regien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

Bei den **Wahlen zum Schiffsenausschuß der Wiener Handlungsgesellschaften** siegte die sozialdemokratische Liste mit 7226 gegen 1905 Stimmen, welche auf die vereinigten Deutschnationalen und Christlich-Sozialen entfielen. Während des Wahlaufzuges kam es zu wiederholten Zusammenstößen zwischen beiden Parteien auf der Straße, wobei die Polizei intervenieren mußte und einige Verhaftungen vornahm.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 21. Februar.

* **Aus dem Streikgebiet in Neurode** wird uns geschrieben: Wenn vielleicht erwartet worden ist, daß nach dem der Streik im Ruhrrevier ein, wenn auch nicht unerwartet gekommenes schnelles Ende genommen hat, auch die Bewegung im hiesigen Revier aufhören würde, so hat man sich in jeder Hinsicht sehr getäuscht. Noch heute steht fast dieselbe Zahl im Streik, als vor elf Wochen beim Beginn desselben. Einzelne sind abtrünnig geworden, einzelne sind hinzugekommen, im wesentlichen ist keine Veränderung eingetreten. Allerdings ist die Zahl der Einfahrenden gestiegen und zwar um etwa 180 Mann, doch ist als sicher anzunehmen, daß die Mehrzahl derselben keine gelerntem Bergleute, sondern nur ungenügende Hilfskräfte sind. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat aufs neue beschlossen, den Streik, solange es nur irgend zu verantworten ist, zu unterstützen. Die Streikgelber sind wiederum erhöht worden und zwar für Ledige auf 8 Mk., für Verheiratete auf 10 Mk. ausschließlich der Gelder für die Kinder, für welche pro Kopf wie bisher 50 Pf. gezahlt werden. Damit hat, wenigstens für die Verheirateten die Unterstützung eine Höhe erreicht, die vielfach den bisher erzielten „Verdienst“ die Wage hält. Der Vorstand des Verbandes hauptsächlich deshalb geboten, weil tatsächlich hier die niedrigsten

Löhne in ganz Deutschland, soweit der **Kohlenbergbau** in Betracht kommt, gezahlt werden. Die **Grubenverwaltung** möchte auch gern, wie wir „unter der Hand“ erfahren, die höheren Löhne bewilligen resp. bezahlen. Aber man will nicht als der unterliegende Teil erscheinen. Man will das „Deforum“ wahren. Mittlerweile tut die Verwaltung ihr Möglichstes, um Streikbrecher heranzuziehen. So hat dieselbe jetzt 7 oder 8 Mann italienische Tunnelarbeiter hierher gelockt, die in ihrer früheren Beschäftigung sechs bis acht Kronen verdient haben. Ob diese sich mit den hiesigen Kolossal-Löhnen beschreiben lassen werden, oder ob man ihnen mehr versprochen hat, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Bezeichnend ist aber, daß man ohne Zweifel erhebliche Mittel aufwendet, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, um die Einheimischen müde zu machen. Dies dürfte jedoch kaum gelingen. Sehr viele von den Streikenden sind entschlossen, unter keinen Umständen unter den alten Bedingungen wieder anzufahren. 200 haben bereits ihre Abscheine geholt, 70—80 davon haben bereits anderweitig Arbeit gefunden. In den nächsten Tagen wird wiederum eine noch größere Zahl die Entlassungen holen, da sie sich sagen, schlechter wie hier können wir es nirgends treffen. Bereits fangen die Hausbesitzer an, sich beunruhigt zu fühlen. Selbstverständlich! Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, wenn Mieter, welche sie jahrelang in ihren Häusern hatten, jetzt auf einmal kündigen. Doch, wer trägt die Schuld? Nur die Hartnäckigkeit der Grubenverwaltung. Dem Streikleiter, Pokorny-Pittau, ist übrigens ein Prozeß an den Hals gehängt worden, in dem er sich gegen einen ganzen Rattenschnitz von Beschuldigungen zu verantworten haben wird. Beleidigungen verschiedener Art, Aufregung zum Klassenhaß, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen usw. usw. Na, zum Glück wird auch in Neurode nur mit Wasser gelocht, so daß die Affäre nicht allzu schlimm werden dürfte.

Am Sonntag, den 19. d. M., fanden wiederum zwei **Verfassungen der Ausständigen**, in Künzendorf und Schlegel, statt, in denen Pokorny über die Situation berichtete. Beide Versammlungen waren, wie immer, sehr gut besucht.

Der Referent, sowie auch sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für strammes Festhalten aus. Gegenseitige Stimmen erhoben sich nicht. In der Künzendorfer Versammlung wurde noch bekannt gegeben, daß die übermachten Beamten mitgeteilt hätten, daß sowohl an den Grafen Magnis, als auch an den Direktor Danilow Drohbriefe gelangt wären. Von mehreren Rednern wurde hervorgehoben, daß (was aber von ihnen stark bezeugt wurde), wenn diese Briefe von Streikenden herrühren sollten, diese sehr unvorsichtig gehandelt und der Sache der Arbeiter in keiner Weise genügt hätten. Die Urheber dieser Briefe werden wohl auch in einem ganz anderen Lager zu suchen sein. Doch, mag da kommen was will, auf jeden Fall sind die Streikenden entschlossen, auszuhalten bis zum Ende, und wenn es auch ein „bitteres“ werden sollte. Pflicht aller, besonders aber der schlesischen Arbeiter ist es, nach besten Kräften zur Unterstützung der heldenmütigen Kämpfer beizutragen.

Eine große Flugblattverbreitung

findet am kommenden **Sonntag, Vormittag 7 1/2 Uhr** statt. Alle Bezirksführer und Genossen wollen dazu die nötigen Vorbereitungen treffen. Nähere Bekanntmachungen erfolgen im Laufe der Woche.

* Die **Bauarbeiterschuttkommission** hat soeben ihren Jahresbericht für 1904 erscheinen lassen. Derselbe enthält außer dem reichhaltigen Material, das wir schon am Sonntag in unserem Artikel „Zwischen Himmel und Erde“ besprochen, eine Anzahl gut gelungener photographischer Aufnahmen, die die unzulänglichen Bauarbeiterschutzmaßnahmen treffend illustrieren.

* Die **Schuhmacher** hielten gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Es wurde beschlossen, die 3000 freitenden Kollegen in Weisfelds Material zu unterstützen und zu diesem Zwecke Sammelstellen anzulegen zu lassen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß der neu gewählte Verbandsbeamte Dronow am 1. März seinen Posten antritt.

* **Beitrag.** Tischlermeister Dolata gehörte seit langer Zeit zu den ständigen Gästen des hiesigen Gewerbegerichts und früher zu denen des Innungs-Schiedsgerichts der Tischler. Kürzlich nun hat er Konkurs angemeldet und mehrere Gesellen suchten sich mit recht erheblichen Lohnforderungen an das Amtsgericht wenden. Die Summe der geschuldeten Löhne beläuft sich auf mehrere hundert Mark.

* **Christliche Gesellschaft.** Am Freitag, den 24. Februar Abends 8 1/2 Uhr, findet in dem bekannten Versammlungsraum (Café Brühl) das letzte der diesjährigen Referate über konfessionellen Moralunterricht statt. Thema: Die Gliederung des Moralunterrichts mit angelegenen Beispielen aus Dr. Försters „Lebenskunde“. Gäste sind, wie stets, sehr willkommen.

* **Erhängt aufgefunden** wurde am 18. d. M. an einem Baum in Osmitz ein Mann, in dessen Besitz sich Papiere auf den Namen August Dunst, Tapezierer, Breslau, Kleine Scheitnigerstraße, befanden. Die Leiche wurde auf den Friedhof am Kapellenberg geschafft.

* **Blinder Feuerlärm.** Am 20. d. M., Nachts gegen 3 Uhr, wurde die Scheibe an dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße 109 befindlichen Feuerwehrs an dem Grundstück der Weiber abgezogen, so daß die Feuerwehre zweifelslos alarmiert wurde. — Am 18. d. M., Abends, wurde die Feuerwehre nach Ring 22 gerufen. Sie suchte das Grundstück ab, konnte aber keinen Brand entdecken.

Am 17. d. M., Nachmittags, explodierte in der Wohnung eines Restaurateurs Mariannenstraße 8 eine Lampe, wodurch verschiedene Möbelfstücke in Brand gerieten. — An demselben Tage wurden in der Wohnung eines Barbiers Michaelisstraße 30 durch glühende Kohlen ein Sofa und Bettwäsche in Brand gesetzt. — In der Wohnung eines Arbeiters Neudorfstraße 69 wurde durch ein Kind, welches mit einem Lichte gespielt hatte, ein kleiner Strohbrand verursacht. Die Brände wurden durch Hausbesitzer gelöscht. — Am 19. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehre nach Pflanzstraße 13 gerufen, wo in der Wohnung eines Restaurateurs ein Kinderbett, welches zu dicht an einem Ofen gestanden hatte, in Flammen aufgegangen war.

* **Schießerei.** Am 17. d. M., wurde in einer Wohnung im zweiten Stock des Hauses Friedrichstraße 10 mit einem Leutnant geschossen, wodurch eine große Scheibe zertrümmert wurde. * **Gefährlich** wurden von einem Wagen auf der Rosenthalerstraße im Saal mit Feder, aus einer Bodenlampe auf der Brühlstraße mittels Einbruch verschiedene Wäschestücke, einer Kuttenfrau in einem Geschäft auf der Königsgrabenstraße ein Portemonnaie mit 5.42 Mk. und einer Anzahl Gegenstände des Konsumvertriebs mit aus dem Geschäft auf der Arletinsstraße eine Waage. Verhaftet wurde ein Gelegenheitsarbeiter, der in einem Restaurant auf der Stodgasse einen Arbeiter die Taschen geflohen hatte. Kinderwagen diebstahl kamen in den letzten Wochen überaus häufig vor. Als Täter sind vier Schulkinder ermittelt worden, denen ein Händler die Wagen abgelaufen hat.

Am 19. d. M., Vormittags, drang ein Dieb unter Anwendung eines Nachschlüssel in ein Futtergeschäft auf der Klosterstraße ein und stahl aus der Ladenkasse 35 Mark. Gestohlen wurden ferner einem Arbeiter aus einem Hause auf der Scheitnigerstraße ein Fahrrad, „Regina“ 6689, aus einem Neubau auf der Schornhorststraße 120 Korbleinplatten und einem Fleischermeister auf der Pflanzstraße ein Handwagen.

* **Polizeiliche Festnahmen.** In das Polizeigefängnis wurden am 18. und 19. d. M. 56 Personen eingeliefert. — Geändert wurden: Eine Wagenplatt, eine Damenstuhllin. — Abgehoben kamen: Ein Albernies Kettenarmband und ein Portemonnaie mit 40 Mk.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Der **Nikolai-Abend vom Tapzierer-Verband** am 20. Februar findet nicht statt, wie irrtümlich eingetragt, am Mittwoch, den 22. Februar, sondern am Mittwoch, den 1. März im Zimmer 2.

Schweidnitz, 21. Februar. Landarbeiter-Gl. Ab. der Wirtschaftskomitee des Dominikus-Dorfes mit einem Knechte in Streit geriet, griff er, mir nichts, dir nichts, zur Schußwaffe, schoß auf ihn und verletzte den Knecht schwer am Unterarm. Landarbeitern gegenüber kann man sich nachgerade allzu erlauben!

Aus der Provinz Posen.

* **Ter Reuuant als Zeuge im Appellprozeß.** Wegen schwerer Ruppel hatte sich in Hohenfals (Nowogard) der Handelsmann Bydower zu verantworten. Gegenstand der Ruppel war die eigene Ehefrau des Angeklagten. Als Belastungszeuge war ein Reuuant, früher in Hohenfals Nationalist, geladen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis abzüglich zwei Monate Untersuchungszeit und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Aus diesem Bericht der „Ndb. Presse“ ist leider nicht zu erlernen, welche Rolle der „Eckelasse“ in diesem lauberen Prozeß gespielt hat. Es gehört mit zu der vornehmsten Aufgabe der bürgerlichen Presse, perentorie Dinge den Lesern zu unter-schlagen.

Bromberg, 20. Februar. Für die Steuerzahler! Am 23. d. Mts. findet eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung enthält u. a. den Bericht der Stadtkommission über den vorläufigen Wirtschaftsschluß für das Jahr 1904, der, wie uns mitgeteilt wird, mit einem Fehlbetrag von über 30,000 Mark abschließen soll. Die Ursache des Defizits soll der vorjährige Kaiserbesuch sein. Hoffentlich werden die Steuerzahler nun genau erfahren, wieviel der Kaiserbesuch der Stadt gekostet hat; bemilliat wurden 30,000 Mk., jedoch werden die Kosten auf über 50,000 Mark geschätzt!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Um die ihm von der Strafkammer **Glogau** zu kannte Zuchthausstrafe von sieben Jahren nicht abhauen zu müssen, hat sich der Kaufmann Paul von Malowski, auch Schroeder genannt, in seiner Zelle erhängt. — Gleichfalls aus Furcht vor dem Zuchthaus, wobei er am Freitag gebracht werden sollte, hat sich in der Nacht zuvor der im Glogauer Untersuchungsgefängnis untergebrachte Kaufmann Michael Franz, der von der Glogauer Strafkammer am 19. Januar wegen der in Grünberg, Guben und Sorau verübten Gaunereien zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und am 2. Februar er wegen weiterer Betrügereien in Pleschitz, Bivitzau etc. zu einer Inhaftstrafe von 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt war, durch Erhängen mittels seines Halsstüches das Leben genommen. — 33 Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Gefängnis hat der Gelegenheitsarbeiter Hilfin Trzeja aus Tarnowitz bis jetzt verbüßt. Um wieder in die alte Klaufe zu kommen, stahl er dem Führerbesitzer Volkmer in Tarnowitz eine Pferdedecke und der Frau Exebarnit eine Deckelkette. Das Sündenregister wird nun vom Gericht um 1 Jahr und 3 Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust erhöht. — Am 23. April v. J. wurde in die katholische Kirche zu **Brzezinka** ein Einbruch verübt und hierbei eine Monstranz und Geld entwendet. Wegen die unter der Anklage, den seiner Zeit an dem Heger Wischa im angrenzenden Forste verübten Mord begangen zu haben, befindlichen Gebühler Peter und Johann Wrobel aus Stupna bei Mysłowitz richtete sich nun eine Anzeige, wonach dieselben auch jenen Einbruch ausgeführt haben. Ihnen wird ferner durch den eigenen Bruder, den Arbeiter Alexander Wrobel aus Kossow, zur Last gelegt, an dem Mord des Pflanzjägers Siegmund durch Erschießen im Forste mitbeteiligt gewesen zu sein. — Feuer brach im Wohnhause des Stellenbesizers Marck in **Größ-Döbern** aus, wodurch das Gebäude und ein Teil der Hausgeräte und Sachen eingeleiert wurden. — Tot aufgefunden wurde auf dem Hiesdorfer Felde bei **Vorkendorf** (Kreis Neisse) ein Viehhändler Sch., dessen Kleider so verbrannt waren, daß der Körper stellenweise bloßlag. Der Fall ist noch nicht aufgeklärt.

Neueste Nachrichten.

Aus Rußland.

Sogar der kleine Nikolaus wird schweremüdig. Infolge des Schreckens über die Ermordung des Großfürsten Sergius ist die Zarin, wie dem „Lokal-Anz.“ aus Petersburg gemeldet wird, zwar nicht erkrankt, aber stark angegriffen; infolge dessen ist auch eine leichte Störung in der Gesundheit des Großfürsten-Thronfolgers eingetreten, den die Zarin, wie es heißt, noch selbst stillt.

Revolutionäre Studenten.

In **Petersburg** fand eine Studentenversammlung statt, welcher einige Professoren, Privatdozenten und andere Personen beizuhörten. Nach vieler festigen Reden wurde eine Resolution angenommen, die sich in scharfen Worten gegen den Absolutismus wendet, die Studenten zum Kampf gegen denselben aufruft, die konstitutionellen Forderungen formuliert und die Schließung der Universität bis zum 13. September verlangt. Die Resolution wurde mit 3000 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Opposition wollte eine Gegenversammlung abhalten, die aber nicht zustande kam. Vor Schluß der Versammlung wurde ein großes Bildnis des Kaisers, das im Saal hing, heruntergeholt und zertrüffelt und eine rote Fahne entfaltete.

